

Eine Umgestaltung der bayerischen Regierung?

In Bamberg hat die Regierung Hoffmann während der Tagung des Landtages bei den nichtsozialistischen Parteien Anhörung gesucht und bei den führenden Persönlichkeiten Entgegenkommen gefunden. Man steuert auf ein Koalitionsministerium zu. Die Verteilung in der künftigen Regierung soll den Mehrheitssozialisten fünf Sitze, den Demokraten und der Bayerischen Volkspartei je zwei Sitze bringen, während das Verkehrsministerium von einem unpolitischen Fachminister besetzt bleibt. Den Demokraten sind die Ministerien für Justiz und Handel zugeordnet, der Bayerischen Volkspartei Finanzen und Landwirtschaft. In den Parteien selbst stehen diese Pläne noch auf Bedenken. Die Sozialisten wollen nichts an Macht und Einfluß aufgeben; die nichtsozialistischen Parteien wollen die Verantwortung nach so langer Ausschaltung nicht übernehmen. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag, der am Sonntag stattfindet, wird die Entscheidung nach dieser Seite fallen. Die übrigen Parteien werden sich ebenfalls zu Beginn der nächsten Woche schlüssig werden. In weiten politischen Kreisen hält man die Zeit für ein Koalitionsministerium noch nicht für gekommen und fürchtet für neue Bewidlungen.

Die deutsche Hilfsmacht gegen die Bolschewiki im Kampf

Von ununterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß schwere Kämpfe bei Bausk, südlich von Mita, im Gange sind. Die Bolschewiki drängen bis dicht an Bausk vor, überschritten sogar südlich der Stadt die Mtscha. Nördlich der Stadt, auf dem nördlichen Ufer des Njemen, konnte der Feind durch Zusammenfassen aller verfügbaren Reserven einige Kilometer ostwärts zurückgeworfen werden. Der Feind macht alle Anstrengungen zur Eroberung von Bausk, um Wiga zu erreichen.

Ueber die Einnahme Wigas sind nachstehende Meldungen eingegangen: Der Stotrupp der baltischen Landeswehr und die ihm angegliederte süddeutsche Gebirgsbatterie stürmten als erste über die Danabrücke. Die politischen Gefangenen sind befreit worden; anscheinend haben die Bolschewiki keine Zeit mehr zu Durchsichtungen und Verhaftungen am Tage des Einmarsches gehabt. Die in schwerer Abwehrkampfe gegen den energisch anrückenden Feind stehenden reichsdeutschen Truppen haben die Fühlung mit der Landeswehr aufrechterhalten.

Rundschau im Auslande.

Schweiz: Die Wladys gegen Deutschland. Nach dem „Journal de Geneve“ weiß man in politischen Kreisen der Schweiz, daß der Bundesrat auf die Unterstützung der Entente der bedingungslosen Mitwirkung an der Wladys gegen Deutschland nicht eingehen wird.

Ungarn: Unerwartete Erfolge der Magyaren. Was ungarische Korrespondenz-Bureau meldet: Unsere Truppen besetzten Miskolc. Zwischen Apafalva und Peterovaz erfolgte Kämpfe. Eine Debrecziner Protestaktion erregte die Aufmerksamkeit der Entente an, nahm ein tüchtiges Bataillon, 300 Mann gefangen und eroberte 15 Maschinengewehre und viel Kriegsgerät. Nördlich von Szombot bei Tiszavarsanyi übergriff eine Kompanie die Stadt und schlug dort mehrere Gegenangriffe der Rumänen zurück.

Desterreich: Die Sozialisierung in der österreichischen Republik.

Der Reichsanwalt hat eine Erklärung über die Sozialisierungspläne der Regierung abgegeben. Nach den Absichten der Regierung sollen sozialisiert werden: der Kohlenbergbau, der Holzhandel, die Eisenindustrie, die Kohlenverwertung, die Elektrizitätswirtschaft, die Ausnutzung der Wasserkräfte, die großen Waldungen, die Holzindustrie, und der Großhandel mit Holz. Ferner wird die Sozialisierung einzelner Zweige der heimischen Industrie erzwungen, und schließlich sollen die militärärztlichen Betriebe an besondere gewerblich-industrielle Anlagen übertragen werden.

Rußland: Die Kämpfe gegen die Sowjetregierung.

Die Entente will den Bolschewismus in Rußland mit keiner Wunde antastet. Nach einer Mitteilung des englischen Ministers Churchill wird der Krieg um die Sowjetregierung durch die Mittels der Balkanländer, Finnland, Polen und die Ukraine immer enger geschlossen. Die Wendung der Ereignisse in Rußland reize so dicht vor der Tür, daß sich bereits die neue Regierung von Rußland in Vorbereitung befindet. Mit den russischen Sowjetregierenden werde es in Paris verhandelt. — Nach einer Mitteilung der britischen Admiralität bezogen etwa 23 Kriegsschiffe der Alliierten im baltischen Meerbusen. Sowohl die russischen als die englischen Schiffe liegen unter dem Kommando von Kommodore Egan, der den allgemeinen Angriff in der Dnepr- und Dniestrgegend leitet. Die Stadt von Peterowaz wurde von den Bolschewiki als Festung erklärt. Das ganze Gebiet südlich von Peterowaz liegt beständig unter schwerem Feuer englisch-französischer Schiffsartillerie.

Polen: Ein Entente-Ultimatum an Polen.

Die „Ref. Belg.“ aus guter Quelle erfährt, haben die Polen von der Entente eine Art Ultimatum erhalten, den Krieg im Osten sofort einzustellen. Dieses ist um so unerwünschter, als die Polen dann die von ihnen wider den Wunsch der Entente besetzten Petrokowgebiete in Ostgalizien doch behalten würden.

Rußland: Die Einnahme Wigas.

Der baltische Stotrupp hat am 22. Mai, mittags, in einem tüchtigen Vorstoß hinter den stehenden Sowjettruppen her die Hauptstadt Verklands aus den Händen der bolschewistischen Wälder befreit. Bei der Einnahme Wigas sind zahlreiche Gefangene gemacht worden. Noch größer aber ist die Zahl der Ueberläufer aus den Reihen der bolschewistischen Truppen, deren Bestände bekanntlich durch Zwangsrekrutierung der kommunistischen lettischen Regierung aufgefüllt wurden. Der Jubel der Bevölkerung über die Befreiung ist unbeschreiblich. — Die lettische Regierung in Alton hat den deutschen Gesandten in Alton gebeten, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, die deutschen Truppen vorläufig noch nicht zurückzuziehen.

Ungarn: Das schmale Spiel der Budapest Regierung.

Die Konflikte zwischen den Serben einerseits und den von diesen in unerwünschter Weise majorisierten Kroaten und Slowenen haben bereits zu schweren Zusammenstößen

geführt und Arbeiteraufstände in Sarajewo und Agram verursacht, in deren Verlauf das Ständrecht verhängt werden mußte. Einen Erfolg haben Serbien und Herzegowina zu verzeichnen. Welche Länder erhalten eine eigene Landesregierung, auch sonst scheinen die Südslawen in eine Sackgasse zu geraten. Die auffällige Tatsache, daß es den Ungarn immer besser geht, ist auf die reichliche Versorgung mit Lebensmitteln und Kriegsbedarf zurückzuführen, die sie Italien verdanken. Die Budapest Regierung scheint es verstanden zu haben, die zwischen den Pariser Konferenzteilnehmern, insbesondere aber zwischen Italien und Südslawen bestehenden Gegensätze für sich auszunutzen. Es veranlaßt sogar, daß Ungarn sich verpflichtet habe, bei einem offenen Konflikt zwischen Italien und den Südslawen den Italienern mit der Roten Armee zu Hilfe zu kommen.

Die deutsche Kohlenwirtschaft.

Der Konkurrenzneid der Engländer.

Die Entrüstung über die schmachvollen Friedensbedingungen ist im Ruhrrevier ebenso stark, wie in den anderen Gegenden unseres Vaterlandes. Hier erkennt man ganz besonders die Schwere, die in den uns aufzuerlegenden wirtschaftlichen Bedingungen liegt. Deutschland war dem englischen Krämer ein gefährlicher Konkurrent geworden, der unschädlich gemacht werden mußte. Englands Kriegsziele waren immer nur wirtschaftlicher Natur. Das muß man sich immer wieder in die Erinnerung rufen lassen. Der jetzt aufwallende berechtigten Wut wendet sich gegen Frankreich. Warum aber wird England davon ausgeschlossen? Wird doch gerade England die stärkste Unterstützung für die Erfüllung der französischen Forderungen abgegeben haben. Denn, Frankreich entwickelte Industriegebiete Deutschlands geben, heißt, einen gefährlichen Konkurrenten für England unschädlich machen. Hier einige Zahlen, die deutlicher als Worte reden:

Die englische Kohle spielt im auswärtigen Handel eine große Rolle, weil sie von guter Qualität und außerordentlich reichlich ist. Für den Warenanstoß sind die englischen Kohlen daher von großem Wert. 1860 entsiften etwa 60 Prozent der Weltförderung an Kohlen auf England. Da jedoch auch in anderen Ländern sich die Umwandlung vom Agrar- zum Industriestaat vollzog, erkand der englischen Kohlenanfuhr eine immer größer werdende Konkurrenz, die den englischen Anteil an der Weltförderung bis 1913 auf 21 Proz. herabdrückte. Einer der Hauptkonkurrenten war Deutschland. Während unsere Beteiligung an der Weltförderung 1860 nur 12½ Proz. betrug, stieg sie von Jahr zu Jahr derart, daß sie 1913

beinahe den englischen Anteil erreichte.

Hinzu kam hierbei, daß durch technische Erfindungen und Neuerungen in Deutschland die Behandlung der Kohle und ihre Verwertung zu Kohle immer vollkommener wurden, so daß die Wettbewerbsfähigkeit immer mehr in die Erscheinung trat. In der Kohlenförderung fällt ein Vergleich zwischen Deutschland und England für uns noch günstiger aus. 1902 erzeugte England 8,8 Millionen Tonnen Kohlen, wir 8,5, 1903 England 9,1, wir 10,0; im Jahre 1913 England 10,5, wir aber schon 19 Millionen Tonnen. Auch in anderen Industrien, so namentlich in der Maschinenindustrie, haben wir England überholt. Das heißt, wir hatten es überholt. Nun ist die Wettbewerbsfähigkeit, wenn auch nicht für alle Zeiten, so doch aber auf Jahrzehnte hinaus, dahin. Durch die Verflechtung der deutschen Industriegebiete wird England seine erste Stelle auf dem Weltmarkt behaupten, auf einigen Gebieten nur von Amerika zum Wettbewerb herausgefordert werden. Frankreich, obwohl durch die von Deutschland abzutrennenden Gebiete bereichert, braucht das Interes nicht zu fürchten, da die französische Industrie zu sehr darnieder liegt. England treibt also auch in diesem Falle seine schlaue Politik. Es läßt die ganze Empörung des deutschen Volkes gegen Frankreich aufkommen, das als das taubstümmeste und despotische Land erscheint, während es doch England, wenn auch nur indirekt, nicht minder ist.

Die Vorgehung unserer Förderung wird sehr empfänglich sein, weil

Kohle ein vorzügliches Zahlungsmittel

im Welthandelsverkehr und somit ein gutes Zahlungsmittel ist. Wollen wir unsere verbleibenden Kohlenvorräte für uns voll ausnutzen, so werden wir im Kohlenbergbau doppelt fleißig arbeiten müssen. Vor Erschütterungen, wie in den vergangenen Monaten, muß nun unser Verlangen bewahrt bleiben. Die unheilvollen Folgen, die der Streik gebracht, lassen sich erst nach und nach übersehen. Sie gelte ganz festzuhalten, wird nie möglich sein. Durch die seit Beginn der Revolution fast ununterbrochene Streikbewegung bis in den April hinein ist der Bergarbeiterschatz allein ein Lohnausfall von rund 101 Millionen Mark entstanden. Groß ist auch die Summe für den entstandenen Förderausfall. Im Monat April belief sich die Förderleistung auf etwa 350 000 Tonnen. Bei einem Durchschnittswert von 42 Millionen Mark je Tonne macht das einen Betrag von 147 Millionen Mark aus. In diesen Ausfällen kommen die Verluste der Werke, Fabriken, Handwerksbetriebe, die infolge Kohlenmangels nicht arbeiten konnten, die auch ihre Betriebe noch heute teilweise stilllegen haben, kommen ferner die der Eisenbahn entstandenen Ausfälle, die Erwerbslosenunterstützungen, die Steigerung der Preise für ausländische Lebensmittel und anderes.

Wenn auch infolge der mangelhaften Ernährung und der verkürzten Arbeitszeit die deutsche Kohlenförderung nie mehr ihren früheren Stand erreichen wird, so ist erfreulicherweise in den letzten Tagen doch eine heftige Aufwärtsbewegung in der Förderung festzustellen.

Der bedrohte Osten.

Das Dänemarkparlament über die Volksabstimmung in den bedrohten Gebieten.

Die Beratungen des Dänemarkparlaments, das sich aus den Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung und der Preussischen Landesversammlung der bedrohten Ostprovinzen zusammensetzt, und dieser Tage im Hause der Landesversammlung zu wichtigen Besprechungen versammelt war, wurden mit der Annahme folgender Entschließung vorläufig abgeschlossen:

„Die vereinigten parlamentarischen Aktionsausschüsse für die Ostmark beschließen in ihrer konstituierenden Sitzung:

Die im feindlichen Friedensentwurf vorgesehene Regelung der östlichen Gebietsfrage steht im Widerspruch mit den Wilsonschen Grundfätzen!

Da aber die Möglichkeit besteht, daß eine Abstimmung stattfinden muß, es als vornehmste Aufgabe der Ausschüsse betrachtet werden, die Bevölkerung in den vom Zugriff der Feinde bedrohten Gebieten über die Bedeutung einer Volksabstimmung aufzuklären und die wahltechnischen Vorbereitungen dafür zu treffen. Die in den Friedensbedingungen der Entente vorgesehene Formen und Bedingungen der Abstimmung halten die Ausschüsse für völlig unannehmbar.

Gegen die zwangsweise Unterwerfung des nördlichen Teils von Ostpreußen unter eine noch unbekanntere Herrschaft wird entschiedene Verwahrung eingelegt.

Die Ausschüsse sind ferner der Ansicht, daß der Verlauf der Friedensverhandlungen zu weiteren militärischen Aktionen der Polen gegen die unstrittigen Gebiete führen könnte. Die Feinde dürfen nicht darüber im Zweifel sein, daß wir uns den vorliegenden Friedensbedingungen niemals freiwillig unterwerfen werden.

Von der Regierung wird erwartet, daß sie alle Maßnahmen ergreift, um die bedrohten Gebiete vor militärischen Uebergriffen durch die Polen zu schützen!

Die beiden Ausschüsse für den nördlichen und südlichen Teil des bedrohten Ostens werden nach Bedarf zusammentreten. Ob und wie weit Vertreter der Volksräte der betreffenden Provinzen zu den Beratungen zugelassen werden solle wurde dem Ermessen der Ausschüsse anheimgegeben.

Gerichtssaal.

Der Prozeß Ledebour brachte am Freitag eine neue Sensation, einen Antrag auf Haftentlassung Ledebours. Die Verteidiger und der Angeklagte selbst, der doch nach seiner Aussage das größte Interesse an einer Beschleunigung seines Prozesses haben will, ergingen sich in weitgehenden Begründungen des Antrags und ließen sich teilweise zu ungebührlichen Äußerungen hinreißen, so daß auch der Gerichtshof, der bis jetzt eine geradezu unmögliche Rücksicht gegenüber dem Angeklagten und seinen Verteidigern hatte walten lassen, sich genötigt sah, über den Verteidiger Rechtsanwalt Plebmecht eine Angebuhrstrafe von 100 Mark zu verhängen, da er dem Gericht eine Rechtsbeugung aus politischen Gründen vorgeworfen hatte. Der Antrag auf Haftentlassung wurde abgelehnt, da der dringende Tatverdacht bis jetzt noch nicht beseitigt ist. Nach dem gegenwärtigen Stande der Verhandlung ist die Möglichkeit einer erheblichen Bestrafung nicht ausgeschlossen. Verdacht der Flucht im Falle seiner Verurteilung wird nicht beseitigt, denn der Angeklagte würde alsdann vor die Wahl gestellt werden: entweder für längere Zeit der Tätigkeit in der revolutionären Bewegung völlig zu entsagen oder sich ihrem Dienst von verborgener Stelle aus zu erhalten.

Ledebours Haftentlassung erneut abgelehnt. Nach der Mittagspause wurde am Freitag auch der erneut gestellte Antrag auf Haftentlassung des Angeklagten abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß so lange Fluchtverdacht vorliegt, als mit der Möglichkeit der Verhängung einer größeren Strafe gerechnet werden muß. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit wurde die Verhandlung abgebrochen und auf Montag vertagt.

Sport und Verkehr.

Höhenrekord im Passagierflug. Der italienische Leutnant Prad hat am 22. Mai auf einem Flugzeuge, dessen Typ und Motorstärke nicht genannt sind, mit drei Fluggästen in 40 Minuten über 7150 Meter Höhe erreicht.

Der Dzeanflug gescheitert. Das amerikanische Marineflugzeug „M. C. 4“, das von den Azoren aus seine Weiterreise antezien sollte, wurde kurz vor dem Ausstieg durch einen starken Südwestwind zerstückt.

Der englische Dzeanflieger Hawker ist 40 Meilen von der irischen Küste entfernt, in seinem Flugzeug treibend, aufgefunden, von einem Schiffe an Bord genommen und an Land gebracht worden. Hawker berichtet, sein ganzer Benzin sei aufgebraucht und er dadurch gezwungen worden, auf See niederzugehen.

Kollektions-Rödn in drei Stunden. Ein Flugzeug der englischen Marine hat ein Nachtflug von Kopenhagen an der englischen Küste nach Köln in drei Stunden ausgeführt. Das mit drei Offizieren besetzte Flugzeug legte in dieser Zeit ungefähr 300 englische Meilen zurück trotz starken Gegenwindes. Das Beschwerte besorgte der Postdienst Post-Rödn seit März dieses Jahres, hat in 47 Tagen 209 Flüge und 1634 Poststücke befördert.

Volkswirtschaftliches.

Berlin, 24. Mai. (Börse.) Der fortgesetzt, bisher unersuchtete Rohwachsöl mit der Entente, der die Hoffnung auf eine zu erzielende beträchtliche Wiederrückgang der unannehmlichen Friedensbedingungen weiter fraglich erscheinen läßt, veranlaßt heute anfangs einen gewissen Druck auf die Marktsituation. Auch die scharfe, viel kritisierte Herabsetzung des Ankaufpreises der Reichsbank für die Kriegsanleihe von 87,50 auf 80 Prozent, wirkte allgemein verunsichernd und führte, nach der letzten Erholung zunächst einige Ermattung dieses Kurzes herbei.

In München steht einbarer Bieranschlag bevor, der Bierpreis soll von 30 auf 30 Pf. erhöht werden; auch soll eine Biersteuer für den Sommer in Aussicht stehen.

Der bekannte Militärhistoriker General der Infanterie z. B. Wilhelm von Blum ist in Nikolassow bei Berlin im 85. Lebensjahre gestorben.

Die Zahl der Erwerbslosen in Berlin ist von ca. 375 000 auf 331 728 herabgegangen.

Nach dem „Daily Herald“ vom 29. April sind in England einhundert Millionen Menschen beschäftigungslos.